



Brüssel, den 7. Juli 2021
(OR. en)

10619/21

POLGEN 140
INST 260
JUR 396

A-PUNKT-VERMERK

Absender:	Ausschuss der Ständigen Vertreter
Empfänger:	Rat
Betr.:	Verlängerung der befristeten Ausnahme von der Geschäftsordnung des Rates

1. Um die Kontinuität der Beschlussfassung des Rates unter den durch die COVID-19-Pandemie verursachten außergewöhnlichen Umständen zu gewährleisten, hat der Rat den Beschluss 2020/430¹ angenommen, mit dem eine Ausnahme von Artikel 12 Absatz 1 Unterabsatz 1 der Geschäftsordnung des Rates in Bezug auf vom ASStV gefasste Beschlüsse zur Anwendung des gewöhnlichen schriftlichen Verfahrens eingeführt wurde. Der Beschluss sieht die Möglichkeit einer Verlängerung vor, sofern die außergewöhnlichen Umstände dies weiter rechtfertigen. Die Ausnahmeregelung, die ursprünglich bis zum 23. April 2020 dauern sollte, wurde in der Folge durch acht Ratsbeschlüsse² für jeweils einen befristeten Zeitraum verlängert. Mit dem jüngsten Ratsbeschluss wurde sie bis zum 16. Juli 2021 verlängert.

¹ Beschluss (EU) 2020/430 des Rates vom 23. März 2020 über eine befristete Ausnahme von der Geschäftsordnung des Rates angesichts der durch die COVID-19-Pandemie in der Union verursachten Reisebehinderungen (ABl. L 88/I vom 24.3.2020, S. 1).

² Beschluss (EU) 2020/556 des Rates vom 21. April 2020, Beschluss (EU) 2020/702 des Rates vom 20. Mai 2020, Beschluss (EU) 2020/970 des Rates vom 3. Juli 2020, Beschluss (EU) 2020/1253 des Rates vom 4. September 2020, Beschluss (EU) 2020/1659 des Rates vom 6. November 2020, Beschluss (EU) 2021/26 des Rates vom 12. Januar 2021, Beschluss (EU) 2021/454 des Rates vom 12. März 2021 und Beschluss (EU) 2021/825 des Rates vom 20. Mai 2021.

2. Da die durch die COVID-19-Pandemie verursachten außergewöhnlichen Umstände andauern, ist es erforderlich, die oben genannte Ausnahmeregelung um einen weiteren befristeten Zeitraum bis zum 30. September 2021 zu verlängern.
 3. Der Ausschuss der Ständigen Vertreter hat am 7. Juli 2021 seine Einigung über den Wortlaut des Beschlusses des Rates zur weiteren Verlängerung der mit dem Beschluss (EU) 2020/430 des Rates eingeführten befristeten Ausnahme von der Geschäftsordnung des Rates angesichts der durch die COVID-19-Pandemie in der Union verursachten Reisebehinderungen bestätigt.
 4. Der Rat wird daher ersucht, den Beschluss zur weiteren Verlängerung der mit dem Beschluss (EU) 2020/430 des Rates eingeführten befristeten Ausnahme von der Geschäftsordnung des Rates angesichts der durch die COVID-19-Pandemie in der Union verursachten Reisebehinderungen in der Fassung des Dokuments 10144/21 anzunehmen.
-